

28. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Oktober 1952

552/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. S t ü b e r, Dr. G a s s e l l o h und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Regelung der Pensionen bei der DDSG.

-.-.-.-.-

Die Österreichische Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) war seit ihrer vor mehr als einundeinviertel Jahrhunderten erfolgten Gründung ein Instrument des Staates, besorgte unter eigenen Opfern staatliche Aufgaben und war schon im altösterreichischen Parlament ein Gegenstand der Budgetvorsorge. Der staatliche Charakter zeigte sich auch darin, dass das Personal der DDSG, u.zw. auch jenes des Landdienstes, Uniformrecht hatte und dass die gesamte Personal- und Pensionsgebarung unter staatlicher Patronanz stand.

Als der Pensionsfonds der DDSG von der Gesellschaft aufgelöst wurde, weil diese nebst den beträchtlichen Aktiven und Immobilien des Fonds auch die Pensionsgarantie übernahm, wurde statutarisch und durch Generalversammlungsbeschluss niedergelegt, dass die Gesellschaft mit ihrem gesamten Vermögen für die Pension haftet.

Die Gesellschaft hat in Ergänzung des Pensionsstatuts mit Dienstblatt vom November 1923 die Pensionsrechte und Ansprüche genau niedergelegt und u.a. folgendes vorgesehen:

- a) Vollausedienten gebührt 70% des jeweiligen Bruttoaktivbezuges ihrer Kategorie, bei vorzeitig Pensionierten ist das Ausmass prozentuell niedriger gestaffelt;
- b) die Gesellschaft übernimmt für die Pensionsbezüge die volle Haftung.

Nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich übernahm der Staat die volle Garantie. Anfang 1940 hob die nationalsozialistische Leitung der DDSG das erwähnte Dienstblatt in der falschen Annahme auf, dass es wegen der Staatsgarantie und, weil keine Geldentwertung zu befürchten sei, entbehrlich geworden wäre.

Durch die Nachkriegsentwicklung ist aber der Geldwert ständig in

einem Masse gesunken, dass die seinerzeitigen Pensionen heute sozial unhaltbar gewordene Altpensionen sind. Die Pensionisten der DDSG haben in zahlreichen Vorsprachen und Eingaben an die Regierung und insbesondere an das Bundesministerium für Finanzen und an das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe darauf hingewiesen, dass in vielen Fällen die heutige Altpension eben noch hinreichend ist, um die zwischenzeitig beträchtlich erhöhte Miete sowie den Aufwand für Beheizung und Beleuchtung zu decken, kaum aber mehr, um die notdürftigsten Lebenskosten zu bestreiten. Die im "Verein der österr. Pensionisten der I. Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft (I.D.D.S.G.)" zusammengeschlossenen Pensionsempfänger haben ihre Wünsche in einem beim dortigen Ministerium erliegenden Forderungsprogramm zusammengefasst, das in folgenden 4 Punkten gipfelt:

a) dass - analog anderen Wiedergutmachungsfällen - die erwähnte einseitige nationalsozialistische Massnahme durch Wiederinkraftsetzung des Dienstblattes vom November 1923 wiederaufgehoben und der status quo wiederhergestellt wird,

b) dass der Bund für die im alten Ausmass wiederhergestellten Pensionen der österreichischen Pensionsbezieher die Ausfallshaftung übernehme,

c) dass als erste nicht mehr aufschiebbare Etappe (rückwirkend ab 1.IV.1951) das 12%ige Nachziehverfahren zugestanden werde und

d) dass die DDSG beauftragt werde, als Vorarbeit für die Generalregelung die Umreihung der Pensionisten und Witwen nach solchen auf Grund des Dienstblattes vom November 1923 unverzüglich vorzunehmen ^{zu} solle.

Dem Vernehmen nach haben die intervenierenden Vorstandsmitglieder des genannten Vereines bei ihren Vorsprachen im Ministerium für Finanzen und im Ministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Verständnis und grundsätzliche Zustimmung gefunden. Insbesondere soll der Gedanke der Ausfallshaftung des Bundes von den massgebenden Ministern als gerecht und tragbar erklärt worden sein. Umso befremdlicher ist, dass seit dem letzten Notschrei der DDSG-Pensionisten schon wieder viele Monate verstrichen sind, ohne dass in der Sache das mindeste Ergebnis zu verzeichnen gewesen wäre.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind nicht der Ansicht, dass es sich bei dem vorgeschilderten Problem um eine Angelegenheit handelt, die sich vielleicht durch Zeitablauf - allmähliches Absterben der Pensionisten -

30. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Oktober 1952

von selbst erledigt. Sie sind vielmehr der Ansicht, dass es ein Gebot der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit ist, die genannten Pensionsempfänger nicht weiter einer unverdienten Not zu überlassen. Diese Menschen haben unter der rot-weiss-roten Flagge Österreich treu gedient, und es ist nicht einzusehen, warum gerade sie für eine falsche Massnahme des Nationalsozialismus büssen und bedeutend schlechter gestellt sein sollen als ihre Kollegen bei der Bahn und Post und im gesamten österreichischen Bundesdienste.

Was die finanziellen Auswirkungen der Aufwertung der Pensionen und der Ausfallshaftung für den Bund anbelangt, verweisen die unterzeichneten Abgeordneten - wie ebenfalls in einem dort erliegenden Memorandum der DDSG-Pensionisten bereits festgestellt - darauf, dass

1.) neue Pensionsrechte bei der DDSG nicht mehr nachwachsen, sodass es sich um eine sich ständig verringernde Belastung handelt, deren Anerkennung einfach eine moralische Pflicht der Republik bedeutet,

2.) der erstrebten Neuregelung - wie im dortigen Ministerium aktenmässig festgelegt - der versicherungsmathematisch errechneten Belastung eine mehr als ^{150 %ige} Deckung gegenübersteht,

3.) die angestrebte Neuregelung den Pensionisten der DDSG noch immer weniger gibt, als den Pensionisten des Bundes gebührt (nur 70% statt 78.3%) und dass schliesslich

4.) die Generalregelung der DDSG-Pensionen nichts Neues bedeutet, sondern nur die Wiederherstellung des alten Zustandes alter wohlverdienender Rechte.

Wir unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

1.) Ist der Herr Bundesminister bereit, den Komplex der DDSG-Pensionisten auf Basis der in seinem Ministerium erliegenden Vorschläge und Memoranden einer Neuregelung zu unterziehen und die hierfür notwendigen legislativen und verordnungsmässigen Schritte in Angriff zu nehmen?

2.) Wenn ja, welchen Termin sieht der Herr Bundesminister vor, zu welchem die Neuregelung in Wirksamkeit treten kann?

-.--.-.-.-.-.-